Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3418

Große Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Schreiben des Bundeskanzlers vom 16. Mai 1952 an Christian Fette.

In seinem an den Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, gerichteten Schreiben vom 16. Mai 1952 hat der Bundeskanzler unter Hinweis auf die Maßnahmen, durch die der Deutsche Gewerkschaftsbund für ein einheitliches und fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz kämpft, u. a. ausgeführt:

„. . . . . Die Ankündigung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen fällt zeitlich zusammen mit der aus der Sowjetzone kommenden Drohung, das Zustandekommen des Deutschlandvertrages u. a. durch Ausrufung des Generalstreikes in der Bundesrepublik zu verhindern . . Weite Kreise des deutschen Volkes werden das zeitliche Zusammenfallen unter diesen Umständen nicht für einen bloßen Zufall halten . . ."

Wir fragen die Bundesregierung:

Will die Bundesregierung durch eine so grundlose und unsachliche Bezichtigung die Einheitsgewerkschaft der deutschen Arbeitnehmer in der öffentlichen Meinung der freien Welt verdächtigen und den Kampf des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen jede Art von Totalitarismus, insbesondere gegen das Sowjetsystem, erschweren?

Bonn, den 29. Mai 1952

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 80,
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1